

Ein Wort über die Zukunft Deutschlands

Von [Gabriel Rießer](#),

Lauenburgischer Abgeordneter im Frankfurter Paulskirchenparlament,
1848¹

Die Sonne Deutschlands ist aufgegangen, und der Tag der Entscheidung über seine große Zukunft bricht an. Was unsere Jugend geträumt, was unsere Dichter gesungen, was unsere Weisen gesonnen, es steht in naher, leuchtender, lebensfrischer Aussicht vor unseren Augen. Ein freies, ein einiges, ein großes und mächtiges Deutschland – das ist das Losungswort, dem alle Herzen entgegenschlagen, das Panier, um das sich alle deutschen Männer scharen. Andere große Nationen Europas haben die Einheit auf Kosten der Freiheit errungen, und haben, nachdem sie Jahrhunderte lang durch Gewalt zusammengehalten wurden, in blutigem Kampfe die Freiheit wieder erobert. Der eiserne Arm des Despotismus hat einst die getrennten Provinzen Frankreichs zu einem Ganzen zusammengeschmiedet; und auch die Revolution hat, indem sie die Freiheit eroberte, die Überreste provinzieller Eigentümlichkeit nicht ohne Gewalt und Widerstreben zerstört. Das freie England hat Irland einst durch Unterjochung zu dem seinigen gemacht; und die alte Wunde blutet noch immer, die Giftpflanze des Hasses, der Saat des Unrechts entsprossen, wuchert noch fort zum schweren Unheil des Landes. Nicht so in unserem gesegneten Vaterlande! Deutschlands Einheit soll erwachen aus der freien, begeisterten Liebe aller seiner Söhne aus dem bewußten, tief empfundenen Bedürfnisse aller seiner Provinzen, aus dem durch langjährige Erfahrung genährten Unwillen wider den engen Geist der Sonderung und der Zersplitterung, der Deutschlands Macht und Größe gebrochen, seine Freiheit und sein Gesamtwohl gefährdet hat. Jedes Opfer der Selbständigkeit, das dem großen Gedanken der Einheit gebracht werden muß, wird als ein Opfer freier Hingebung auf den Altar des Vaterlandes niedergelegt werden. Darum wird auch die Zukunft Deutschlands frei sein von allen den schweren Übeln, welche die durch Kampf und Sieg errungene Einheit mit sich führt. Wir werden keine Zentral-Gewalt haben, die im eigenen Interesse, über das des Vaterlandes hinaus, die Rechte der Gemeinden und der Provinzen in solchen Dingen, wo sie auf Selbständigkeit gerechten Anspruch haben, durch unnötige Bevormundung schmälert; keine Hauptstadt, die durch ihr Übergewicht den Reichtum und die Bildung des Landes an sich zieht, die in Augenblicken weltgeschichtlicher Entscheidung statt des unbefragten Landes den voreiligen, gewaltsamen Urteilsspruch fällt, von dem es keine Berufung gibt als an den Bürgerkrieg. Wir werden keine Unterordnung haben, sondern Gleichheit und freie Einigung. Bildung und Wohlstand und Bürgerglück werden gleichmäßig verbreitet sein über alle Gauen des Vaterlandes; ein edler Wetteifer für das Gesamtwohl wird alle Kräfte zu höherer Tätigkeit spornen; Deutschland wird, indem es sich zur höchsten Freiheit und zu ungeahnter Größe emporhebt, den alten, hohen Ruhm der Wissenschaft, der Kunst und des Gewerbefleißes behaupten und vermehren. Die Institutionen, deren wir bedürfen, um diesem Ideale, das wir Alle in der Brust tragen, kräftig entgegenzustreben, sind bereits durch die öffentliche Stimme Deutschlands klar bezeichnet. Wir bedürfen einer frei gewählten Vertretung des gesamten Volkes, einer Vertretung, welche nicht die Sonderinteressen der einzelnen Staaten, sondern die Gesinnung und Überzeugung Deutschlands, seine Bedürfnisse, seine

¹ Abgedruckt in: Uwe Barschel, Gabriel Rießer als Abgeordneter des Herzogtums Lauenburg in der Frankfurter Paulskirche 1848/49, Neumünster: Karl Wachholtz 1987, S. 63-71.

Wünsche und seine Hoffnungen zur klarsten Erscheinung bringt. Der künftigen Verfassung Deutschlands wird es vorbehalten sein, bei der Zusammensetzung dieser Versammlung die Schranken der Einzelstaaten als solcher in noch höherem Grade, als es bei dem vorläufigen Wahlgesetze gerecht und tunlich war, zurücktreten zu lassen.

Aber wir bedürfen neben dieser Volksvertretung vorerst noch einer Vertretung – nicht der Regierungen im Gegensatz zum Volke nach Art des alten Bundestages, wohl aber der Einzelstaaten, wie sie für jetzt, geschieden durch Verfassung und Regierung, bestehen. Welche Zukunft wir diesen Einzelstaaten weissagen, wie sehr wir ihre allmähliche, immer innigere Verschmelzung zu einem großen Ganzen wünschen mögen, wir müssen ihr Bestehen als eine Tatsache anerkennen, und wir müssen dieser Tatsache Rechnung tragen, wir müssen ihr innerhalb der Verfassung einen Raum gönnen, um sich geltend zu machen, wenn wir dem Grundsatz der Einigung auf dem Wege der Freiheit treu bleiben, wenn wir nicht einen der Sache der Einheit gefährlichen Gegensatz hervorrufen wollen. Aber auch in dieser Versammlung, welche – nach Art des Senats der Vereinigten Staaten – die Einzelstaaten vertritt, muß – anders als in der alten Bundes-Versammlung – die Mehrheit über alle Fragen der Gesetzgebung entscheiden. Keinem Sonder-Interesse darf ein Veto zustehen gegen die Forderungen des Gesamt-Rechts und des Gesamt-Wohls. Der Einzel-Staat muß seine Ansicht, sein Interesse, sein vermeintliches Recht geltend machen können durch das freie Wort der verfassungsmäßigen Beratung; aber daran wird er sich genügen lassen und wird sich, wie es in freien Staaten sich geziemt, dem Ausspruch der Mehrheit, dem Gesetze, unterwerfen.

Aber auch eines festen Mittelpunktes bedarf die Macht Deutschlands nach Außen und nach Innen. Darum fordert die Volksstimme ein Bundeshaupt mit einem Ministerium, das von der Volks-Vertretung vor einem unabhängigen Bundes-Gerichte könne zur Verantwortung gezogen werden. Die Frage nach der Person dieses Bundeshauptes, nach der Zeitdauer oder Lebenslänglichkeit des Amtes, erscheint als eine untergeordnete, über welche die vorhandenen Sympathien Deutschlands, die Rücksicht auf Vermeidung schädlicher Rivalitäten, zu entscheiden haben werden.

Über diejenigen Angelegenheiten, welche jedenfalls gemeinsame Deutschlands werden müssen, ohne Einschränkung und ohne Vorbehalt, herrscht ebenfalls eine erfreuliche, entschiedene Übereinstimmung, vor welcher jedes Einzel-Interesse im Gefühle seiner Ohnmacht zurücktritt. Ein einiges Heerwesen, eine baldigst zu begründende deutsche Kriegsflotte, deren Mangel Deutschland in diesem Augenblick so schmerzlich empfindet, eine gemeinschaftliche Vertretung Deutschlands nach Außen, zum Schutz der Gesamt-Interessen sowie der Rechte der einzelnen im Auslande lebenden Deutschen, an die sich die Behandlung der Auswanderung, als einer hochwichtigen National-Angelegenheit, anknüpft; ein allgemein-deutsches, nach dem wahren Gemeinwohl bemessenes Handels- und Zoll-System, das dem Kunstfleiß und dem Handel des deutschen Volkes zunächst das gesamte, große Gebiet des Vaterlandes und dann ein immer weiteres Gebiet im Auslande, bis in die fernsten Zonen, eröffne; ein deutsches, dem Volke verständliches Gesetzbuch über das Zivilrecht, das Strafrecht und das Strafverfahren für alle deutschen Lande endlich – das Alles sind unabweisliche, einstimmige Forderungen, durch welche das deutsche Volk den festen Grund seiner Einheit und Größe zu legen entschlossen ist, und welchem seine Vertreter durch Vollziehung der Aufträge des Volkes zu genügen haben werden.

Aber auch das Recht und die Freiheit jedes einzelnen Bürgers will Deutschland durch die Gesamtheit und ihre Vertreter verbürgt und gesichert wissen. Darum verlangt es, daß in der Verfassung, die das künftige Schicksal Deutschlands regeln wird, die we-

sentlichen Grundrechte verzeichnet werden, welche kein Einzelstaat einem seiner Angehörigen schmälern darf. Deutschland wird allen seinen Söhnen verbürgen die persönliche Freiheit, die Freiheit der Äußerung durch Wort und Schrift, die Freiheit des Glaubens und der Gottesverehrung, die Freiheit der öffentlichen Versammlungen und der dauernden Vereinigung für alle, nicht durch das Gesetz für strafbar erklärten Zwecke, den gleichen Anspruch auf Staatsämter für alle befähigten, das gleiche politische Recht der Teilnahme an der Wahl der Volksvertreter, ohne Unterschied des Standes, ohne Bedingung des Zensus oder des Bekenntnisses. Eine auf solche Weise von dem gesamten Volke gewählte gesetzgebende Versammlung jedes einzelnen Staates wird das Wohl aller Staatsangehörigen auf gleiche Weise im Auge haben und wird es nach allen Kräften fördern. Sie wird die Steuern gerecht verteilen nach dem Vermögen und dem Einkommen, und wird dagegen alle und jede Lebensbedürfnisse von der Steuer befreien. Sie wird alles Dasjenige tun, was in der Macht der Gesetzgebung liegt, um lohnende Arbeit zu fördern und für die Verbesserung der Lage der unbemittelten Klasse zu sorgen. Sie muß und wird in diesem Streben unterstützt werden durch die eigene hilfreiche Tätigkeit aller Klassen der Gesellschaft, durch die Überzeugung, die sie alle durchdringen muß, daß ihr Wohlergehen durch einander wechselseitig bedingt ist. Nicht dadurch wahrlich, daß man die eine Klasse des Volkes durch gehässige und täuschende Vorspiegelungen wider die andere aufregt, nicht dadurch, dass man eine alle Tätigkeit lähmende Unruhe und Besorgnis unterhält, sondern nur durch friedliche, einträchtige Verständigung unter allen Interessen, durch Mäßigung und mögliche Aufopferung selbstsüchtiger Ansprüche von allen Seiten, durch Erhaltung der Ordnung und des Vertrauens in dieselbe kann das Wohlbefinden Aller und namentlich das der zahlreichsten, der arbeitenden Klasse gefördert werden.

Im Übrigen – mit Vorbehalt der verbürgten Rechte und aller Maßregeln, welche die Zentral-Gesetzgebung zu irgendeiner Zeit für das Wohl Deutschlands und seiner Bürger erforderlich erachten wird – werden sich die Verfassungen der einzelnen Staaten unabhängig von der Zentralgewalt zu entwickeln haben. Sie wird, wo ihr Ansehen angerufen wird, schirmend für jedes bedrohte Recht, vermittelnd gegen jeden drohenden Zwiespalt, ordnend und erhaltend wider jede Verwirrung und jede gesetzlose Gewalt einschreiten; aber sie wird, wo es sich um die Verfassung eines Einzelstaates handelt – in Fällen namentlich, wo die Natur der Dinge zur Vereinigung unnatürlich zersplitterter Teile des Vaterlandes mächtig hintreiben wird – nur dafür vorzusorgen haben, daß unter ihrer Obhut der wahre Wille der Mehrheit des Volkes in friedlicher Weise zum Ausspruch und zur Geltung gelange. Von einer förmlichen Verbürgung des sogenannten monarchischen Prinzips abseits des Bundes – einer Quelle, aus welcher alle früheren Bedrückungen, gegen welche Deutschland sich siegreich erhoben hat, hervorgegangen sind – kann begreiflicher Weise fortan nicht mehr die Rede sein. Die rechtliche Möglichkeit republikanischer Staatenbildungen in Deutschland, da wo sie durch eine klar erkennbare Mehrheit entschieden gefordert werden, muß vielmehr nach dem Grundsatz der Volkssouveränität entschieden eingeräumt werden. Dagegen muß jeder aufrichtige Beobachter die Tatsache anerkennen, und jeder Vaterlandsfreund sie achten, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes in der Form der konstitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der errungenen Freiheit sowie der gesetzlichen Ordnung, ohne welche die Freiheit nicht bestehen kann, erblickt. Deutschland fühlt sich seit Kurzem im Besitz der verfassungsmäßigen Freiheit, um die es unter der Leitung seiner edelsten Söhne seit einem Menschenalter gekämpft hat; es sieht durch Wahlordnungen, die ohne Vorbehalt und Ausschließung das gesamte Volk umfassen, seine Zukunft in seine eigene Hand gegeben; es fühlt sich auch dem hohen Ziele der Einheit des Vaterlandes näher ge-

rückt, als seine kühnsten Hoffnungen vor wenigen Monaten reichten. Deutschland hat jetzt die Aufgabe, sich das errungene Gut der Freiheit innig anzueignen, alle seine Anwendungen in vollem Maße ins Leben zu rufen, ihrer froh zu werden, die belebende Lust der Freiheit durch alle Tore einziehen, alle Verhältnisse von ihr durchströmen und veredeln zu lassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes blickt darum mit Unwillen auf Diejenigen, welche nun plötzlich diese Errungenschaft, diesen Preis vieljähriger Kämpfe für nichts achten, und die alles Gewonnene durch die plötzliche, unvorbereitete Erhebung wider die monarchische Form mutwillig gefährden. Jene Mehrheit sieht auch in den monarchischen Formen Stützpunkte für die zu gründende Einheit, während unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Kampf um Einführung der Republik Deutschland nach der fast allgemeinen Überzeugung mit einer Auflösung bedrohen würde, die uns von der Einheit noch viel weiter als der gegenwärtige Stand entfernte. Können sich doch die denkenden Verteidiger der Republik die Einführung derselben in dem heutigen Deutschland nicht anders als unter der Form der strengsten Diktatur, also an den vorläufigen Verzicht auf alle und jede Freiheit geknüpft, vorstellen! So mögen sie es uns denn nicht verargen, wenn wir uns lieber die Freiheit, die wir besitzen, sichern, als eine noch etwas größere durch die einstweilige Vernichtung aller und jeder Freiheit erstreben wollen.

Der größte Teil Deutschlands nimmt aus diesen Gründen die Form der konstitutionellen Monarchie mit Aufrichtigkeit und Treue an; denn mit einer Staatsform, über deren Haupt in jedem Augenblick das Schwert des beliebigen Umsturzes schwebt, kann so wenig die Freiheit wie die Ordnung gedeihen. Allein Deutschland nimmt jene Form nur unter der Voraussetzung und Bedingung an, daß auch die Monarchie ihrerseits die Freiheit mit allen ihren weiten und reichen Konsequenzen mit Treue und Aufrichtigkeit annehme; der Zorn Deutschlands würde die monarchische Form zerbrechen, wenn neue Reaktionsversuche der Partei des Mißtrauens eine traurige Rechtfertigung böten, und die Überzeugung von der Unverträglichkeit der Monarchie mit der Freiheit verbreiteten. Noch liegt eine solche Überzeugung dem Sinne der Mehrheit der Deutschen fern, und es ziemt keinem Ehrenmann, in den zum Vertrauen geneigten Sinn unseres Volkes die böse Saat des Argwohns auszustreuen. Wohl verträgt sich jenes blinde, prüfungslose Vertrauen, wie die Monarchie es in Anspruch nahm, nicht mit der politischen Freiheit, deren Jünger sehen und prüfen sollen. Aber ebenso wenig verträgt sich mit dem Adel der Freiheit ein System, welches das Mißtrauen, die Weisheit der Schwächlinge, zur Herrschaft bringen will. Die große Mehrheit der Freunde der Freiheit in Deutschland vertraut der konstitutionellen Monarchie; sie vertraut den Männern, von welchen sie Jahre lang im Kampfe für die Freiheit geführt worden, und welche jetzt in den meisten Staaten verantwortliche Mitglieder der Regierungen sind; sie vertraut vor Allem der Kraft des deutschen Volkes, welches sich, wenn wirklich eine Reaktion des Despotismus drohte, wie ein Mann erheben würde. Bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands aber erscheint es als die Pflicht jedes Vaterlandsfreundes, sich der Meinung anzuschließen, welche die ausgedehnteste Freiheit in der Form der konstitutionellen Monarchie begründen will.